

# Mieten werden zu Zankapfel der Politik

**SOZIALES** Die Stadtbau soll jüngste Erhöhungen rückwirkend kappen, fordert die SPD. Die CSU lehnt ab: „Das ist wenig zielführend.“

VON MARIANNE SPERB, MZ

**REGENSBURG.** Die Stadtbau GmbH wird zum Streitthema in der Koalition. Wenn heute der Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligung tagt, soll er auch über jüngste Mieterhöhungen der Stadtochter diskutieren und beschließen, die Teuerungen rückwirkend zu kappen, fordert SPD-Fraktionschef Norbert Hartl. CSU-Fraktionschef Christian Schlegl lehnt ab: „Das ist wenig zielführend.“

Hartl drängt auf einen Beschluss, der Mietern große Preissprünge erspart. Seine Kritik: Obwohl sich die Stadträte im Ausschuss am 9. April einig waren, die Mietsteigerungen bei 15 Prozent zu kappen, verschickte die Stadtbau später Post, in der um knapp 20 Prozent höhere Mieten angekündigt wurden. Hartl fordert jetzt unter anderem, für die Stadtbau rückwirkend das 15-Prozent-Limit geltend zu machen. Alle Erhöhungen, die die GmbH seit 9. April ausgesprochen hat, sollen unter die Mietbremse fallen, also auf maximal 15 Prozent innerhalb drei Jahren limitiert sein. Sollte die Rücknahme der Teuerungen rechtlich nicht möglich sein, fordert Hartl, wenigstens neue Mieterhöhungen ab 1. August zu kappen.

## Teuerung „in Torschlusspanik“

Christian Schlegl verweist auf einen CSU-Antrag zur heutigen Sitzung, in dem seine Fraktion bereits am 25. Mai vorschlug, Mieterhöhungen der Stadtbau bei 15 Prozent zu deckeln. „Die SPD versucht jetzt, unseren Antrag zu übertrumpfen, weil sie untätig war und bei dem Thema viel Boden verloren hat“, so Schlegl. Hartl kontert: „Für mich sind Mieten kein Wahlkampfthema. Das hier ist eine Frage, wie man mit Menschen umgeht.“

Schlegl zählt angebliche Mängel in Hartls Antrag auf. Die rückwirkende Aufhebung von Mieterhöhungen sei juristisch äußerst fragwürdig, und: Hartls Vorschlag würde bedeuten, dass die Stadtbau in einem Haus unterschiedliche Mieten verlangt. Das widerspräche dem Gleichheitsgrundsatz. Die Stadtbau komme Mietern bei neuen Verträgen bereits sehr entgegen. Dass die GmbH die maximal möglichen elf Prozent Modernisierungsumlage verlangt, sieht Hartl kritisch. Der SPD-Fraktionschef meint: Hier sollte die Grenze bei maximal neun Prozent liegen.



Ein Wohnblock der Stadtbau GmbH in der Humboldtstraße: Die Mieten sollen steigen, und zwar über das 15-Prozent-Limit hinaus, das Stadträte im April beschlossen hatten.

Foto: MZ-Archiv

## MIETBREMSE BESCHLOSSEN: KAPPUNG GILT AUCH IN REGENSBURG

► **Der Ministerrat** in München hat am Dienstag eine zweite Verordnung zur Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen beschlossen. Sie gilt für 89 bayerische Städte und Gemeinden – darunter auch für Regensburg.

► **Die Verordnung** soll am 1. August 2013 in Kraft treten. Mieterhöhungen sind bis zur ortsüblichen Vergleichsmie-

te nur noch um maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren zulässig.

► **Stadtbau-Chef Joachim Becker** begrüßte den Beschluss vom Dienstag: „Ich finde es sehr gut, dass die Staatsregierung reagiert hat, und zwar zu einem früheren Termin als von vielen angenommen. Das wird hoffentlich zur Versachlichung der Debatte beitragen.“

► **Christian Schlegl**, CSU-Fraktionschef, wertete Regensburgs Aufnahme in das Programm als „Beweis für CSU-Politik aus einem Guss“. MdL Dr. Franz Rieger habe sich für die schnelle Entscheidung eingesetzt. „Durch unseren frühen Antrag wurde verhindert, dass es weitere Erhöhungen bei der Stadtbau über der 15-Prozent-Grenze gegeben hat.“

Die SPD bekommt Rückendeckung von der ÖDP. Laut Stadtrat Benedikt Suttner, der sich auf den Mieterbundvorsitzenden Kurt Schindler beruft, sind von den aktuellen Erhöhungen knapp 400 Haushalte im Gebiet Humboldtstraße betroffen. Es dränge sich der Verdacht auf, dass die Stadtbau vor Inkrafttreten der Mietbremse in Torschlusspanik noch schnell Mieten erhöhe. Der CSU-Antrag, Mieten zu deckeln, sei im Prinzip richtig. Das entscheidende Manko, so Suttner: „Davon haben alle die Mieter nichts, die das Erhöhungsschreiben schon im Briefkasten hatten.“

„Es ist verständlich, dass im Wahlkampf Wahlgeschenke verteilt werden sollen.“ Aber für eine Rücknahme

der Erhöhungen fehle die Rechtsgrundlage, betont Stadtbau-Chef Joachim Becker. „Mieter müssen sich verlassen können, dass nicht jeder, der laut schreit, Sonderrechte bekommt.“

## „Höchstens zum Schafeweiden“

Wer beim Thema Wohnraum punktet, ist aktuell eine bei Parteien beliebte Frage. Norbert Hartl verwies am Dienstag auf sein langjähriges, unabhängig von Wahlen gelebtes Engagement auf dem Sektor. Christian Schlegl betonte: „Das Thema Wohnraum hat die CSU besetzt und nicht die SPD.“ Ihm widersprach am Dienstag Grünen-Fraktionschef Jürgen Mistol. Er verwies auf eine Pressekonferenz, bei der Schlegl und OB Hans

Schaidinger vor einigen Tagen Pläne für bezahlbaren Wohnraum in der Leopold- und der Pionier-Kaserne vorstellten. Den Auftritt vor Journalisten nannte Mistol „dreist“. Die Pläne als Idee der CSU auszugeben, habe „mit der Wirklichkeit herzlich wenig zu tun“. Das Vorhaben tauchte bereits 2005 auf, im einstimmig verabschiedeten Regensburg-Plan.

Mistol erinnert, wie der OB vor dem Abzug der Bundeswehr verkündet hatte, die Stadt werde dem Bund bei der Verwertung der Grundstücke nicht helfen; das Kasernenareal könne dann höchstens zum Schafeweiden genutzt werden. „Wenn sich Schaidinger jetzt an die Spitze der Bewegung stellt, empfinde ich das als sehr kurios.“